

## **Brauchen wir eine Europäische Union?**

Europa wurde früher als das Machtzentrum der Welt bezeichnet. Denn viele große, wie auch kleine europäische Nationalstaaten waren sog. Weltmächte mit Kolonien, die wirtschaftlich ausgebeutet wurden und aus denen man „Menschenmaterial“ für ihren 1. Weltkrieg rekrutierten. Die Weltmachtstellung hatten sie dann oft widerstrebend schrittweise ab 1945, nach zwei fürchterlichen Weltkriegen mit Millionen von Toten und gewaltigen Zerstörungen, verloren.

Heutzutage haben Europas Staaten nur noch gemeinsam eine Chance, welt- bzw. wirtschaftspolitisch eine größere Rolle zu spielen, mit der Erkenntnis, europäische Interessen nur noch gemeinsam erfolgreich vertreten zu können. Damit verbunden war der alte Traum der EU-Gründerväter für ein vereinigtes Europa, mit dem Wunsch nach einem dauerhaften Frieden und nach besseren Lebensbedingungen für die Menschen in dieser Region.

Die großen Ziele für einen europäischen Staatenbund waren und sind auch heute Frieden, Freiheit und Demokratie bei Wahrung der Menschenrechte mit einem wirtschaftlichen Wohlergehen in ganz Europa. Der Glaube an diese Ziele hatte u.a. die Menschen in Osteuropa befähigt, den Kommunismus und die politische Spaltung Europas zu überwinden.

Mittlerweile hat die Europäische Union 27 Mitgliedstaaten. Das reibungslose Funktionieren zwischen ihnen, mit entsprechenden Regelungen ist aber keine leichte Aufgabe und erfordert geduldiges politisches Handeln.

Denn die nationalen Eitelkeiten sind immer noch recht groß und nehmen inzwischen wieder zu. Nicht nur wegen der Corona-Pandemie haben einige Staaten wieder neue Grenzzäune errichtet, obwohl dies gegen das Schengen-Abkommen ist.

Denn es garantiert neben den Regeln des EU-Binnenmarkts den freien Verkehr von Menschen und Waren, sowie von Dienstleistungen und Kapital.

Die Europäische Union in diesem Sinne zu führen ist die Aufgabe der Europäischen Kommission. Sie ist die Regierung Europas und damit die „Wächterin der Verträge“. Sie verwaltet den europäischen Binnenmarkt und verteidigt ihn gegen nationale Sonderwünsche. Außerdem verwaltet sie den europäischen Haushalt, der dank eines milliardenschweren Corona-Konjunktur-Programmes gewaltig angewachsen ist. Die Europäische Kommission unter Leitung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen besteht aus 27 Kommissaren, einem aus jedem Mitglied-Staat. Sie wird vom Europäischen Parlament gesetzgeberisch begleitet und kontrolliert. Es ist das erste demokratisch gewählte Parlament einer transnationalen Völkergemeinschaft. Das ist einmalig auf der Welt! Und dieses Europäische Parlament hat sich in den vergangenen Jahrzehnten mehr und mehr Rechte erkämpft. So haben 27 nationale Parlamente Souveränitätsrechte über solche Aufgaben abgetreten, die besser europäisch als national gelöst werden können.

Die politische Führung der Europäischen Union liegt beim Europäischen Rat der 27 Regierungschefs, dessen Vorsitz jedes Halbjahr wechselt. 10 vom EU-Rat benannte Ministerräte beraten als Fachminister zusammen mit dem Europäischen Parlament Gesetze und Richtlinien und verabschieden sie dann gemeinsam. Die Entwürfe werden von der EU-Kommission erarbeitet, die das alleinige Vorschlagsrecht hat. So sollen nationale Alleingänge vermieden werden.

Der Präsident des Europäischen Rates ist seit dem 1. Dezember 2019 der Belgier Charles Michel. Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der EU; er entscheidet über die großen

Linien der Politik in der Europäischen Union. Das haben sie wieder bei einem Corona-Gipfeltreffen bewiesen, mit gigantischen Finanzbeschlüssen.

Wegen der Einstimmigkeitsregelung ist aber immer noch eine Blockade dieser Billionen schweren Finanzbeschlüsse durch Ungarn und Polen ein aktuelles Problem. Solange es nicht Abstimmungen mit einfacher oder mindestens qualifizierter Mehrheit für alle Bereiche gibt, wird es wohl immer wieder zu unseligen Blockaden durch einzelne Staaten kommen. Deshalb hat sich die Europa-Union Deutschland zu einem breiten Bündnis mit Namen „NoVeto“ angeschlossen, dabei auch „Pulse of Europe“, mit dem Bestreben endlich das Einstimmigkeitsprinzip im EU-Rat mit den national-egoistischen Vetos abzuschaffen.

Denn dieses Problem beinhaltet immer noch einen gravierenden Rechtsstaatlichkeitskonflikt mit Polen und Ungarn, bei dem die Unabhängigkeit der Justiz bzw. die Pressefreiheit in Frage gestellt werden, und solche Verstöße gegen die Rechtsgemeinschaft der EU schnell ihre zukünftige Existenz untergraben können.

Die klare Botschaft des ehemaligen Kommissions-Präsidenten Jean-Claude Juncker ist: „Unsere Union ist kein Staat, aber sie ist ein Rechtsstaat“. Denn Rechtsstaatlichkeit ist auch die wichtigste Basis für einen dauerhaft gesicherten Frieden in Europa.

Die europäische Friedensidee, Achtung von Recht und Gesetz, Anerkennung auch strittiger Grenzen und ein wirksamer Schutz von nationalen Minderheiten wurde 2012 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

In dem Zusammenhang müssen sich alle EU-Bürger/Innen bzw. -Politiker/Innen für die Zukunft immer wieder die Frage stellen: Wollen wir ein „Europa der Vaterländer“, oder „Vereinigte Staaten von Europa“, oder gar als Endziel einen „Europäischen Bundesstaat“?

Für die Europa Union Deutschland, mit ihren Landes- und uns Kreisverbänden, sind die Vereinigten Staaten von Europa **der** Wunschtraum. Denn als Sozial-, Werte- und Friedens-Union wäre ein Vereinigtes Europa der wichtigste Garant einer guten Zukunft für uns, unsere Kinder und Enkel.

Das zusammenwachsende Europa steckt aber noch voller unerledigter Aufgaben. Dazu fehlt noch vieles. Der BREXIT-Beschluss der Briten bestätigt die Neigung vieler Politiker, nationale Ziele lieber im Alleingang anzusteuern. Und diese national gesinnten Kräfte mobilisieren ihre europakritische Wählerschaft ganz gezielt.

Glücklicherweise gehört momentan eine Mehrheit im heutigen EU-Parlament den europafreundlichen Fraktionen von Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und den Linken an.

Für den EU-Rat wäre es für Europa und insbesondere für Deutschland eine Katastrophe gewesen, wenn am 24. April die rechtsradikale Jean-Marie Le Pen die französischen Präsidentschaftswahlen gewonnen hätte. Die Existenz des 1963 von de Gaulle und Adenauer geschlossene Freundschaftsvertrag, der die fast hundert Jahre währende Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich beendete, wäre ernsthaft in Gefahr gekommen. Ganz zu schweigen hinsichtlich einer möglichen Beendigung des EU-Führungs-Duos beider Länder, mit einer gravierenden Schwächung der Handlungsfähigkeit und des Ansehens der EU.

Wir sind zwar, wie es im Lissabon-Vertrag so schön heißt, in Europa „in Vielfalt vereint“, dabei aber noch sehr verschieden. Das ist auch so schnell nicht zu ändern, denn wir können unsere historisch gewachsenen Unterschiede nur langsam abbauen. Aber das gemeinsame Ziel für uns Europäer bleibt, dass wir Schritt für Schritt vergleichbare Lebensbedingungen für alle Bürger in der Europäischen Union schaffen wollen. Damit gibt die EU der Welt ein Beispiel, wie ein gesicherter Frieden mit freien Märkten und Grenzen, sowie garantierten Menschenrechten das Leben der Menschen verbessern, ihren Wohlstand mehren und die Unterstützung von sozial Schwachen geben kann. Denn wegen Hunger und Elend, Krieg und Vertreibung streben tausende Menschen, oft unter Lebensgefahr aus Afrika und Asien in die EU, insbesondere nach Deutschland, hoffend auf bessere Lebensbedingungen. Und hier, hinsichtlich einer gemeinsamen abgestimmte Asylpolitik, ist nach wie vor die größte EU-Baustelle zu sehen. Solange EU-Länder die Flüchtlingskrise anscheinend als alleiniges deutsches Problem sehen und nicht bereit sind die Flüchtlingsaufnahme über eine Quotenregelung mit einem gerechten EU-Verteilungsschlüssel zu akzeptieren, tritt die EU wegen der schon erwähnten unseligen Einstimmigkeitsregelung auf der Stelle.

Das auf Kosten der Flüchtlinge, die in EU-Auffanglagern oder an den EU-Außengrenzen verharren müssen, mit der Gefahr für Leib und Leben. Hinzu kommen jetzt ukrainische Kriegsflüchtlinge, die z.Z. wegen des grausamen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges durch Russland ihre Heimat verlassen müssen. Gott sei Dank haben hier einige osteuropäische EU-Staaten, insbesondere Polen, ihre Blockadehaltung in der Asylpolitik aufgegeben und unbürokratisch schon Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Nur darf dabei auch in Zukunft nicht die Herkunft und Rasse entscheiden, wer Einlass und Asyl in die EU erhält!

1993, im Vertrag von Maastricht, hatte man sich für eine gemeinsame Währung, den EURO, entschlossen. Die inzwischen 19 EURO-Staaten bilden dadurch das Zentrum der Europäischen Union. Der EURO ist der wichtigste Garant unseres wachsenden Wohlstandes. Er sorgt nicht nur für unsere erfolgreiche Wirtschaft, sondern auch wir Bürger/Innen können die Vorteile des EURO jederzeit bei Auslandsreisen hautnah erleben. Das gleiche gilt für das Schengen-Abkommen, das offene Grenzen, also Reisefreiheit zwischen seinen Vertragspartnern garantiert.

Leider fehlt in den 19 EURO-Staaten neben dem stabilen Fundament der gemeinsamen Währung eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik. Man sagt ja, beim Geld hört die Freundschaft auf, da pocht jeder auf seine nationale Entscheidungshoheit. Aber der EURO ist ein Zuchtmeister, den kein Land mehr eigenständig auf- oder abwerten kann. So erzwingt der EURO eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Die Europäische Zentralbank stützt den EURO-Raum mit extrem niedrigen bzw. negativen Zinsen und mit reichlich Liquidität. Doch die langfristige Lösung kann nur eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik im gesamten EURO-Raum sein. Die gemeinsame Währungspolitik bedarf der Ergänzung durch eine gemeinsame Finanzpolitik, mit einem starken EU-Kommissar als eine Art „EURO-Finanzminister“ an der Spitze.

Die Corona-Krise belastet weiter auch Europa. Sie wird momentan vor allem national bekämpft. Das ist leider geltendes Recht in der Europäischen Union, die nur wenige Kompetenzen im Gesundheitsbereich hat. In der hochkritischen Infektionsperiode unterstützten sich die EU-Staaten aber gegenseitig. So stellte Deutschland Corona-Patienten aus anderen EU-Staaten Intensiv-Betten mit künstlicher Beatmung zur Verfügung. Der Wunsch nach mehr Kompetenzen für Europa im Gesundheitsbereich macht also Sinn.

Ein Ende der Corona-Krise wird wohl erst erreicht sein, wenn in Europa alle Bevölkerungsgruppen „durchgeimpft“, und natürlich weltweit auch in den ärmeren Ländern. Die mit 7.4 Milliarden € finanziell gut ausgestattete europäische Initiative zur Entwicklung von wirksamen Impfstoffen hat gezeigt, dass wir auch beim Kampf gegen Corona deutlich mehr europäische Solidarität bekommen haben.

Die Europäische Union gibt der Welt ein Beispiel, wie ein gesicherter Friede samt freien Märkten und garantierten Menschenrechten das Leben der Menschen verbessern, ihren Wohlstand mehren und die Unterstützung der sozial Schwachen absichern kann. Der furchtbare Krieg in der Ukraine zeigt uns aber wie ein anscheinend gesicherter Frieden schnell brüchig werden kann und sogar das Gespenst atomaren Krieges wieder realistisch werden könnte. Aber trotz aller Solidarität für das ukrainische Volk, mit Gefühlen aus Mitleid und Wut, sollte die EU bzw. NATO politisch weiter rational vorgehen, mit einem schmerzlichen Balance-Akt einerseits die Ukraine mit Verteidigungswaffen zu beliefern, damit Putin seine irrationalen Ziele nicht erreicht, aber andererseits einen noch fürchterlicheren Atomkrieg in Europa zu verhindern.

Unsere noch derzeitigen Vorteile in der EU sind also keine Selbstverständlichkeiten, und die gibt es nicht ohne bürgerschaftliches Engagement. Hierfür braucht es möglichst viele europäisch engagierte Bürger, die unseren Politikern bei ihrem Einsatz für Europa Mut und gelegentlich auch Dampf machen.

Und das sind auch wir, als Mitglieder/Innen der überparteilichen Europa-Union Deutschland. Jeder, der aus seiner stillen Sympathie für Europa ein offenes Bekenntnis machen möchte, der ist als Mitglied unseres Kreisverbandes herzlich willkommen. Ein erfolgreiches Europa braucht mehr bekennende Europäer. Wann machen auch Sie mit?

In diesem Sinne beantworte ich die eingangs gestellte Frage „**Brauchen wir eine Europäische Union?**“ mit einem eindeutigen „**Ja**“.